

# Neue Welt

Inserionsgebühren  
betragt für die Spaltenweise  
15 J., für Wohnungs-  
Berichte und Bekanntmachungen  
entsprechend 10 J.

Interate für die fällige  
Summe müssen spätestens  
vormittags 1/2 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7067.

## Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: G. Ulrichstraße 16, Eingang Böbergasse.

Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

1. 165.

Donnerstag den 18. Juli 1895.

6. Jahrg

### Die „Subjektivität“ in der Rechtsprechung.

Die „Gerichtshöflichkeit“ neueren und neueren Datums — wie man die wunderbaren Leistungen krimineller Schwärzerei analog den „Kafersgerichtshöfen“ der fliegenden Blätter bezeichnen möchte — werden vorzugsweise auf die Rolle zurückgeführt, welche die Staatsanwaltschaft in der Justiz spielt. Es wird selbst von bürgerlichen Blättern scharfe Klagen erhoben über die Bevorzugung der Staatsanwälte bei der Bezeichnung der Richterstellen. Staatsanwälte, so führt ein Artikel in den Preuß. Jahrb., aus, die dieses Amt längere Zeit verwaltet haben, hätten die Eigenschaften regelmäßig verloren, die an einen Richter zu stellen seien. Jemand, dessen Amtstätigkeit darauf zugeschnitten war, der Regierung gefällig zu sein und deren politische Ziele auch in rechtlich zweifelhaften Sachen zur Durchführung zu bringen, könne sich, selbst wenn er den redlichsten Willen dazu mitbringt, nicht über Nacht in die Sphäre hineinbewegen, in welcher der Richter leben soll, von welchem Unabhängigkeit nach oben in gleichem Maße wie nach unten verlangt werde.

Wir sind nun freilich der Meinung, daß noch allerlei andere Momente die Strafgerichtsprechung auf die bewußte schiefe Ebene heben; aber daß der Verfasser des Jahresberichtes damit einen besonders runden Punkt der ganzen Rechtsprechung berührt hat, muß sogar die köstliche Zeitung zugeden, die einen Leitartikel hierüber mit dem Satz schließt, es ist hohe Zeit, daß mit der Bevorzugung von Staatsanwälten bei der Bezeichnung der richterlichen Stellen endlich Halt gemacht werde.

Es ist von Interesse, daß in dem dieser Tage geschlossenen württembergischen Landtag die gleiche Klage geführt wurde. Bei der Beratung des Justizetat's wendete sich der Referent gleichfalls gegen die Bezeichnung der Richterstellen mit langjährigen Staatsanwälten, wobei übrigens keineswegs politische Prozesse ins Auge gefaßt wurden; auch gegenüber gemeinsamen Verbrechen sprach er Zurück, die eine längere Laufbahn als Staatsanwälte hinter sich haben, die erforderliche Objektivität des Urteils a. Wir reproduzieren hier den Bericht nach dem Staatsangeiger: „Weder findet einen Widerstand darin, daß man Staatsanwälte, die in diesem Beruf ergraut sind, zu höheren Richterstellen befördert. Es gebe ja solche Staatsanwälte, wozu dabei keine Gefahr sei, aber keiner könne für seine Natur. Es gebe „subjektive Naturen“, welche, wenn sie ihr Berufsleben jahrelang im Dienst der Anklage verbracht haben, auch als Richter vom Standpunkt des Staatsanwalts nicht loskommen und einer feiner Würdigung des Falles nicht mehr fähig seien.“ Weder exemplifizierte an einem bestimmten Falle. Er nannte ein Landgericht, dessen Präsidium gegenwärtig mit einem normals langjährigen Staatsanwalt besetzt ist. „Dieser sei eine solche subjektive Natur, dessen Amtsführung stehe außer Zweifel als gegen die seines Vorgängers. Man brauche bloß die Statistik vorzunehmen, wie viel jetzt bei diesem Gerichte Verurteilungen vorfallen und wie viel früher, wie viel mehr Jahre Genänsis jetzt als früher subditiert würden. Verwunderlich

sei das freilich nicht, wenn die Verhandlung im Geiste der Anklage geführt werde und man unter dem Eindruck stehe, als ob der Angeklagte, statt daß ihm seine Schuld bewiesen werde, seine Unschuld beweisen müßte.“ Der Justizminister nahm sich zwar in seiner Erwiderung des angegriffenen Landgerichtspräsidenten, so gut es ging, an, konnte aber im allgemeinen den Ausführungen des Referenten nur die Versicherung entgegenstellen, daß es gewiß aus älteren Staatsanwälte gebe, die noch vollständig im Innern seien, sich in den Richteramt einzulassen; was einer indirekten Befähigung dessen, was der Referent vorgebracht hatte, gleichkam.

Diese erwachte Einsicht in die unheilvolle Rolle, welche die „Subjektivität“ in der Rechtsprechung spielen kann und nicht selten spielt, das Bekennnis und Zugeländnis, daß das exzeptionelle „Milieu“, in dem sich ein Richter lange Zeit bewegt hat, die Objektivität seines Urteils zu trüben droht, ist für uns besonders wertvoll, weil damit unsere Programmforderung „Rechtsprechung durch von Volk gewählte Richter“ recht kräftig unterstüzt wird. Dieselben Gründe, die gegen die Beförderung langjähriger Staatsanwälte zu Richtern oder gar Gerichtspräsidenten geltend gemacht werden, sprechen offenbar auch gegen die Aburteilung von Arbeitern und Sozialdemokraten durch Richterkollegien, die ausschließlich von Angehörigen der bestehenden Klasse und mehr oder weniger eifrigen resp. leidenschaftlichen Gegnern der Sozialdemokratie besetzt sind.

Man kann verkennen, daß hier die „Subjektivität“ der Richter zu ungunsten der Angeklagten mindestens ebenso schwer die Waagskale zu belasten droht, wie diejenige der ehemaligen Staatsanwälte. Und niemand wird uns bestreiten, daß eine lange, lange Reihe von Straftatenwegen gegen unsere Genossen, sowohl in der Bezeichnung der Schuldsprüche überhaupt, wie in der Ausmessung der Strafe, dieser „Subjektivität“ aus Verhöhnung gebracht werden müssen. So wenig wie ein als Staatsanwalt ergrauter Jurist zum Richter, ebensowenig eignet sich ein aus lauter Gegnern der Sozialdemokratie bestehendes Richterkollegium zur Rechtsprechung in politischen Prozessen gegen Sozialdemokraten. Eine „Aberration des Rechts“, ein um phyllastisches Bild zu gebrauchen, ist auch bei größter Gewissenhaftigkeit sämtlicher Mitglieder der Schöffen- oder Landgerichte sehr stark zu befürchten, und daß auch die Strafentferte des Reichsgerichts Menschen und keine Engel sind, ist ja von einem Reichsrichter selbst kürzlich in anerkannter Selbsterkenntnis zugegeben worden. Der bürgerliche Richter steht dem Sozialdemokraten als Partei gegenüber, mag er noch so ehrlich befehlen sein, unparteiisch zu urteilen.

Eine annähernde Gewähr für möglichstste Objektivität in politischen Prozessen würde uners Grachten die Zusammenziehung der Strafämtern nach dem Muster der Gewerbegerichte bieten: je hälftig von beiden Teilen. Wie sehr die Gewerbegerichte sich das Vertrauen der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer erobert haben, ist ebenso bekannt, wie die Thatsache, daß das Vertrauen in die Kriminaljustiz mehr und mehr ins Sinken gekommen ist.

### Im Exil.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Sie konnte sie doch nicht auf die Straße hinauswerfen. Sie mußte sie fortan zu tragen veruchen, da Wohlthät nicht möglich war. Wohlthätens, aber wollte sie die gesamte „gute Gesellschaft“ von Begeh wachen, damit sie die Wohlthät in Quarantäne bieten. Im oberen Stockwerk schalt Frau Mesfant ihren Sohn, weil er es an Nachgiebigkeit und Klugheit hätte fehlen lassen. Sie sah ihn schon im ganzen Jahre in Acht und Bann erklärt, seines Amtes entsetzt, ausgetrieben. Mit vieler Mühe nur konnte ihr Gatte sie beirathen. Um Ende seiner Auseinandersetzungen rief er endlich:

„Zum Teufel, Dein Sohn hat recht gethan. Wolltest Du denn, daß er sich von diesem Einfallspinsel ruhig besänftigen lassen sollte?“

„Nein empfand eine wirkliche Erleichterung. Es war ihm, als hätte er eine Wasse abgenommen, die ihn belästigte und am freien Athem hinderte. Komme, was da kommen mag! sagte er sich. Es ist mir lieber, daß man weiß, wer ich bin.“

„In den nächsten Tagen konnte er an dem Zusteln hinter seinem Rücken merken, daß Frau Mesfant gelandert hatte. Einige Berationen, begab er mit der Unverschämtheit, deren Geheimnis die gute Gesellschaft aller Länder besitzt, thaten sogar, als konnten sie ihn nicht mehr. Doch betrachtete man ihn alles in allem mehr mit Neugier als mit Uebelwillen. Keiner seiner Schüler erlaubte sich auch nur die leichteste Anspielung darauf, daß Rene ein Flüchtling war. Keiner seiner Kollegen richtete eine indirekte Frage an ihn. Selbst denjenigen unter ihnen, die die Gewohnheit hatte, die ungesagten Wängen mit Namen wie „Kommunard“ zu belegen, entbielt sich fortan dieses verwerthlichen Mittels.“

„In der Schweiz ist man daran gewöhnt, überall Gesandte zu senden. Aus allen Orten und Enden Europas kamen sie ja hierher, um in dem göttlichen Lande ein Wtl zu suchen. Viele unter ihnen verwandelte der wachsende Lauf der politischen Ereignisse in Minister, in Gesandte, in Könige und Kaiser! Man nimmt hier die heiligen Anklagen, mit denen die heilige Partei der Befreier gegenüber niemals tarat, nur mit Vorbehalt auf Frau Mesfant selbst, die allmählich ruhiger wurde, konnte befrichtig

stellen, daß es in ihrer Umgebung viele Sorgen gab, die größer und edler waren, als die der eher treueren, fromme Herr von Warran.“

Frau Mesfant gehörte nicht zu diesen. Sie wagte es allerdings nicht, ihren Mierern einen kurzen, heißen Gruß zu verweigern, doch hatte sie ihren Kindern streng verboten, jemals wieder einen Fuß in die Mesfant'sche Wohnung zu legen. Henri wußte sich darüber zu freuen, weil er seinen Lehrer in der Schule sah und oft auf dem Wege dorthin mit ihm zusammentraf. Annette konnte sich nur stumm gegen den mütterlichen Willen empören. Aus aufgegangenen Broden der Unterhaltung hatte sie entnommen, daß Rene aus Günden, die sie sich nur schlecht erklären konnte, sein Vaterland nicht betreten durfte. Das war für sie ein Grund, ihn noch mehr zu lieben. War das nicht gerecht, da er doch unglücklich war? Auch verging kein Tag, ohne daß sie ihm stillig auf der Treppe oder im Garten begegnete, und hier bot sich stets Gelegenheit zu einem vertholichen Gruß, einem Nicken oder einem freundlichen Wort.

Wenn ihre Mutter ausging, dann stieg sie schnell die Hände voll Blumen, hinan in die Wohnung ihrer Freunde. Sie erdicht und verdammt wieder. Einmal jedoch wurde sie von ihrer Mutter auf der Rückkehr von einem dieser heimlichen Ausflüge überfallen. Ein scharfes Hausgewitter folgte dann. Ungehörig gegen ausbrechende Verthe, das war der Weg zu allen Verbrechen! Rene kam nun, daß Annette ihrer Mutter lauter gegenübertrat. Sie wagte es zu erklären, daß das Verbot ihrer Mutter ungerichtet, lächerlich, schimpflich sei, daß die Familie Mesfant sehr gut, sehr lebenswürdig wäre. . . . Da sagte Frau Mesfant, die der Jörn fast erlitt, einen großen Entschluß.

Dieser rebellische Charakter mußte gebaut werden. Sie bestimmte, daß ihre Tochter auf mehrere Jahre in einem Pensionat der deutschen Schweiz untergebracht werden sollte. Die arme Kleine weinte heftig beim Abschied, vor allem deshalb, weil sie nicht, wie sie so gern wollte, denen Nebenwähligen konnte, von denen man sie trennte. Traurig dachte sie daran, daß sie nun bald verreisen sein würde, und doch gedachte sie zum erstenmale, daß Rene, als er das reizende Nadeln und das kluge Gesichtchen seiner kleinen, blonden Freundin nicht mehr sah, mit einem mit Verwunderung gemischten Bedauern empfand, daß seinem Leben plötzlich etwas wie einer trüben Frühlingsschneise fehlte. Rene sagt, daß eine der vortheilhaftesten Ursachen, welche menschliche Grauelthaten erziehen, darin besteht, daß man einem Ver-

### Tagesgeschichte.

Das Agrarprogramm unserer Partei, wie es von der Kommission vorläufig festgestellt worden ist, welches wir in der gestrigen Nummer veröffentlichten, wird für die nächsten Monate reichlichen Stoff zu eingehenden Beratungen in Parteitreffen geben. Für durchaus richtig halten wir es, daß die aufgestellten Forderungen dem zweiten Teile unseres Programms eingetragt worden sind. Zu begrüßen ist ferner, daß nicht bloß landwirtschaftliche Fragen im engeren Sinne sondern auch Fragen, die den Besitz und die Befähigungen des städtischen Grund und Bodens betreffen, in die Vorschläge einbezogen worden sind. Vielleicht wäre dem einen oder dem anderen Parteigenossen erwünscht gewesen, die Grunddee der Sozialisierung der Gesellschaft wie in den Vorschlägen deutlicher zum Ausdruck gelangt, da es sich aber lediglich um ein Aktionsprogramm handelt, nicht um Festlegung der Endziele, die im ersten Teile des Entwurfs Programms mit aller Schärfe und Deutlichkeit unverrückbar niedergelegt sind, so war das nachmalige Hervorbringen der Endziele nicht von nöten. Wenn die Frei. Ztg. in ihrer heutigen Nummer (vom Mittwoch den 17. d.) meint, das veröffentlichte Agrarprogramm befände „ohne Zweifel ein weiteres Abwärt von den revolutionären Zielen der Partei, die Sozialdemokratie habe sich wiederum „genauert“, die Vollmarische Richtung habe bei der Aufstellung der Forderungen für die Landagitation den Sieg davon getragen, das eigentliche sozialdemokratische Prinzip der Verwandelung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gemeinseigentum sei in diesem Agrarprogramm zum mindesten nicht mit Klarheit zum Ausdruck gebracht worden“, u. i. w. — und wenn das genannte Blatt fortfährt, es wären „eine Reihe zum Teil liberaler Forderungen in das Programm aufgenommen worden“, so zeigt Herr Eugen Richter nur auf eine wieder, daß er das Verthe der sozialdemokratischen Agitation und Taktik nicht versteht. Schlimm genug für ihn und seine Freisinnigen, daß wir noch Bewürdigung eines Teiles der liberalen Forderungen“ ertheilen müssen. Hätten die Freisinnigen ihrer Aufgabe genügt und die Forderungen verworfen, so brauchen wir nicht erst nochmals beim ABC anzufangen. Es ist ein ganz drastisches Ironiezeugnis, was Herr Eugen Richter sich und seinen Freisinnigen durch jene Bemerkung ausgestellt hat. Doch um das, was die Gegner über unsere Taktik oder über den Wert der Agrarvorschläge urteilen, brauchen wir uns nicht zu kümmern. Die Hauptsache ist, daß alle Genossen in Stadt und Land in eifrige Beipredung des Agrarprogramms eintreten, damit die Delegierten in den Dresdener Parteitag ein volles und reines Wort zu stunde bringen können. Auf die Einzelheiten der Vorschläge einzugehen, wird Aufgabe der Presse und der Berathungen sein; unanschaffbar ist das Programm nicht in allen Punkten.

Wenn die Finanzminister konferieren, mag das Volk auf der Hut sein. Die Folgen solcher Konferenzen sind meist neue steuerpolitische Scherzspöffe. Schatzsekretär Graf Kolodowsky weilt gegenwärtig in Cöthen und

urteilen die Haare einzeln auszufallen. Im Anfang sieht man nichts, nichts als einen kaum merklichen Schuß, zu dem man nur das Gesicht verhält. Allmählich aber werden die Haare greiser, die Haut entzündet sich, der Schmerz wird heftiger, rascher. Es ist dann, als ob tausend Nadelspitzen zugleich das brennende Hirn durchbohren. Der Unglückliche stiert, wagt sich in Krämpfen, schreit, und seine Schreie hören sich so, daß er dem Wahnsinn, geweiht dem Tode nahe ist.

Das Exil ist eine langsame Folterart derselben Art. Was ist ein Tag, was ist ein Monat, den man in der Fremde zubringt! Wo ist der Heilende, der sich nicht einmal zu seinem Verhängen längere Zeit fern von seinem Vaterlande aufhält? Und doch, wenn sich Monat an Monat, Jahr an Jahr zieht, wenn die Hoffnung auf Wiederkehr unerbittlich geist und unaufhörlich geknirscht wird und das Herz immer weiter erregt und verunruhigt, dann bildet sich dort eine schmerzende, blutende Wunde, die immer größer und schlimmer wird. Dann erschüttern und drehen Ungehebel, Muthlosigkeit und Fieber selbst die Stärksten, und das Gemüthe, welches geistig vertheilt, das Leib und Seele zugleich greift, wird so unenträglich, daß mehr als einer sich durch einen freiwilligen Tod von seinen Qualen befreite.

Die Familie Mesfant litt gar bald unter den ersten Anfällen dieser Krankheit. Doch lagte sie sich mit naivem Vertrauen: Wagnen werden wir nach Frankreich zurückkehren. War es da der Mühe wert, sich einzulassen und Skandal zu stiften in dem Boden, über den sie doch bald wieder hinweggezogen würden? So schwebten sie stets halb in der Luft und führten ein unbehägliches Leben.

Herr und Frau Mesfant hatten in Paris alles, was ihnen teuer war, zurückgelassen. Sie dachten nur an Paris, sie sprachen nur von Paris. Paris wurde zur fernsten Idee für sie. Der See, die Berge, das alles war gewiß sehr schön, aber Paris mit seinem Frühling, den man dort mit der Luft einatmet, mit seinem Auf- und Abwogen von Menschen, Wagen, Lichtern, mit seiner fortwährenden Bewegung und seinem Gebrauch, das dem das müde bewegten Geistes gleich, mit seinen mit Gemürren gesicherten Straßen, seinen von bürgerlichen Abwonten besetzten Monumenten, seinen Parks voll Bach und Pfanz, voll zärtlicher Bärchen und Kindercharen, Paris mit seinem reichen Hügel, den Wäldern und festeren Willen, die unter Fährden und Hufen fast verschwunden, in Paris, das war etwas ganz anders, das war für sie die einzige Stadt der Welt. (Fortsetzung folgt.)

die Konferenzen, die er in letzter Woche mit dem württembergischen und dem bairischen Finanzminister hatte, verfolgen, wie in politischen Kreisen verlautet, die Absicht, den Reichsfinanzreformplan in nächster Reichstagsungung vorzubringen. — Das wäre die dritte Auflage der famosen „Finanzreform“, die eine Scheidung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten herbeiführen soll, wozu man natürlich neuen Steuern bedarf. Fraglich kann nur sein, welche neuer Reichsteuern zur Erfüllung dieses Programms vorgeschlagen werden. Die Unrentabilität der Tabakfabrikation hat Graf Polodosty proklamiert, als sie für den Reichstag zu den Toten gelegt wurde; aber es fragt sich doch, ob sie im Reichstage selbst Gegenliebe finden wird. Von anderer Seite wird angenommen, es handle sich bei den Konferenzen um Besprechungen über die Konversion der Staats- resp. Reichsanleihen und um die Währungsreform.

**Junckerliches Christentum.** Die medienburgischen Stände haben schon manches fertig gebracht, was für andere Sterbliche schwer verständlich ist. Jetzt haben sie beschlossen, daß der Tod im Duell kein Grund zur Verjagung des kirchlichen Begräbnisses sei. Andererseits aber soll das kirchliche Begräbnis streng unterlag bleiben bei Selbstmördern, selbst wenn sie notorisch gestraft gewesen sind. — Das ist echtes junckerliches Christentum. Da bemächtiglich die Junker weit öfter in Gefahr kommen, in Kaufmännern ihr kostbares Leben zu verlieren, als einen Selbstmord zu begehen, so ist für sie eine Ausnahme gemacht worden. Die armen Teufel aber, die aus Not oder selbst im Wahnsinn freiwillig aus dem Leben scheiden, mögen auch fernerhin in der Kirchhofecke verpackt werden. Sie sind ja keine Junker.

**Seine kirchliche Billigung.** Auf der preussischen Kultusminister dem Rektor der Breslauer Universität ausgedrückt, weil letzterer den Studenten erlaubt hatte, am schwarzen Bretze der Universität die Aufforderung anzuschlagen, die Studenten möchten sich dem Protest gegen die Umfugvorlage anschließen.

**Arbeiter und Herr.** Auf dem Gute Tornof bei Prenzlau sollen kürzlich ein Herr und 12 Mann von der 7. Kompanie des 64. Regiments fünf Tag lang für einen Lohn von täglich 1.25 M. beschäftigt worden sein. Der Vorwärts bemerkt dazu: Falls das zutrifft, möchten wir das Kriegsministerium bitten, mitzuteilen, was das für militärische Arbeiten gewesen sind, die die Soldaten auf dem Gute zu verrichten hatten. Etwas Gutesbesten Arbeitsfräfte zu liefern, dazu ist das deutsche Heer verfassungsmäßig nicht da.

**Die Pferde, die den Oaser verdienen u. s. w.** Vor Beginn der Kanalfesttag wurde den Arbeitern der Kanal-Strede Königsförde mitgeteilt, daß während der Feier die Arbeit ruhen müsse. Die Arbeiter waren nun der Meinung, daß sie die Feiertage mitbezahlt erhalten, hatten sich jedoch getäuht, da am Sonntag die Feiertage mit in Abzug gebracht wurden. Als Entschädigung erhielten jedoch die Arbeiter ein solennes Festessen, bestehend in 2 Knackwürsten, 2 trockenen Semmeln, 6 Zigarren und 5 Flaschen Bier pro Mann. Mehr blieb halt von den 1 1/2 Millionen Mark Reichsgeldern nicht übrig. Das andere hatten die Trullage verbraucht.

**Schriftsteller und Preßgesetz.** Auf der Tagesordnung des in Heidelberg stattfindenden deutschen Journalisten- und Schriftstellertages steht unter anderem die Frage der Revision des Preßgesetzes, auch werden die Fragen der Verantwortlichkeit und des Gerichtsstandes, die zu merkwürdigen Erkenntnissen führten, der „grobe Unfug“, das Abbrechen der Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse und das Strommännern bezüglich verantwortlicher Redakteure zur Erörterung gestellt worden.

Das mögen ja sehr interessante und sehr zeitgemäße Thematika sein, meint der Vorwärts, aber sicher ist auch, daß so moltschweidliche Herren, wie es die meisten deutschen Schriftsteller und Journalisten nach oben hin zu sein pflegen, keine Freiheiten und Verbesserungen der rechtlichen Lage der Presse eritreuen werden.

**Die Gebühren für den Nord-Ostsee-Kanal** wurden schon während der Tage des Hamburger Festsummers als zu hoch bezeichnet, und beispielsweise behauptet, daß ein Schiff von der Themse, das den Kanal passiert, sich um 250 Mark schlechter stellt als bei dem früheren weiteren Wege. Die Nachricht zeigt beinahe unbeachtet vorüber. Allein schon jetzt, nach wenigen Wochen, scheint die Sache ernst werden zu wollen. Wie nämlich aus London berichtet wird, wollen die englischen Schiffbesitzer gegen die hohen Gebühren Protest erheben. Vorläufig verhalten sie sich ablehnend gegen den Kanal. Sie erklären, die deutschen Berechnungen über die Abfugungen von Entfernungen zwischen England und den Ostseehäfen nicht als maßgebend anerkennen zu können, da nicht die Luftlinie, sondern die Natur der zu passierenden Strecken in Betracht gezogen werden müsse und sowohl in der Entfernung als auch im Kanal selbst Veränderungen zu befürchten seien, und meinen außerdem, daß die Kanalabgaben zu hoch seien, um mit Hinsicht auf immerhin zweifelhaften Vorteile ohne Bedenken übernommen werden zu können. Höchst wahrscheinlich steht Deutschland einem geschlossenen Ring der englischen Schiffahrtinteressen gegenüber, die den Kanal boykottieren, um eine Herabsetzung der Kanalabgaben zu erzielen. Ob die Kanalverwaltung wird nachgeben müssen, steht dahin. Jedenfalls ist die Rentabilität des Kanals noch fraglicher geworden, als sie ohnehin war, und da in unserer kapitalistischen Ordnung die „Rentabilität“ auch bei einem Kulturwerk von ausschlaggebender Bedeutung ist, so ist der Boykott nicht belanglos.

**Des Herrn v. Hammerstein Ende.** Seit Freitag ist der alte Herr v. Hammerstein verschwunden, niemand weiß, wohin sich der „Staubhüttler“ gewendet hat. Man meint, er habe seinen Kurs nach einem Lande genommen, das ihn vor der Auslieferung sichert. Denn außer der Unterbringung des Pensionisten in angeleglicher Höhe von 200000 M. wird ihm noch die Verwendung eines weiteren Fonds zur Last gelegt. Hammerstein bezog 36000 M. Gehalt als Redakteur und 4000 M. Zuschuß zur Wohnungsmiete. Schon tagelang vor seiner Abreise haben Mitglieder seiner Familie, die aus Frau und drei erwachsenen Töchtern besteht, in unauffälliger Weise, die aber doch aufgefallen ist,

Koffer und Kisten, in denen sich Wertgegenstände befinden haben müssen, zur Seite geschickt. Am Sonnabend ist der Gerichtsvollzieher in der Wohnung des Verschundenen erschienen und hat alles angefaßt. Sein Haus, Zimmerstraße 92/93 belegen, wird am 3. September zwangsweise versteigert. Das also ist das erbärmliche Ende des langjährigen Führers der konfessionellen Partei! So hat er die Ordnung und Sitte bedroht! Uns Sozialdemokraten dürfte es niemand verbieten, wenn wir den Fall weiblich ansähen. Uns hängt man eben einen Teil an der Hofschloß, der als Kaiser eines Arbeitervereins einige Mark veruntreut hat, auch wenn er mit unserer Partei in keiner oder nur in loser Verbindung gestanden hat. Wie steht jetzt die Partei da, die für Tugend, Treue, Sitte u. s. w. u. s. w. zu kämpfen vorgibt und deren langjähriger, als geistiges Haupt anerkannter Führer sich in irgend einem unbetannten Erdemwinkel vertrieben muß, um der gerichtlichen Verstraffung als Fälscher, Unterschläger, Dieb und Wädchelhänder zu entgehen? Und wie viele Hammersteine giebt es außerdem noch in den Reihen der Konfessionen? Möge wenigstens das Volk die richtige Lehre aus der Hammersteinerie ziehen.

**Gestorben** ist Montag nachmittag in Köln der frühere Zentrumsabgeordnete Appellationsgerichtsrat a. D. August Reidenperger.

## Ausland.

**Italien.** Crispi braucht Bomben. Man fand eine solche, doch ohne Zündschnur, an der Peterskirche.

— **Priesterkinder.** Ein gläubiger Katholik, Herr Trede, der von Neapel eine Wallfahrt unternommen hatte, schreibt: „In Neapel giebt es hunderte von herrenlosen Straßenkindern, dem leiblichen und geistigen Elend preisgegeben, zerlumpte Kinder, welschen die liebevolle Mutter Kirche keinen Becher Wasser reicht. In Neapel ist eines der größten Gebäude das Findelhause, wo noch immer jährlich 2000 Säuglinge Aufnahme finden. Diese armen, dem Elend und der Schande entzogenen Kinder werden von Volk allgemein als „Priesterkinder“ bezeichnet und stehen in der Volksauschau als hilflose Geschöpfe unter dem Spezialschutz der Madonna.“ In Neapel herricht noch die Kirche und der dicke Glaube, aber das verhindert nicht die große Unmoralität. Je größer der Kirchenglaube, desto größer die Unmoralität. So lehren es Statist und Erziehung.

**Spanien.** Der Bäckerstreik in Madrid dauert fort. Es sind gegen 600 Stellen ausständig. Es ist zu ersten Tumulten gekommen. Bei einer Versammlungsaufführung wurden fünf Polizisten mit Messern übel zugerichtet, nachdem sie auf die gedrägte Masse mit dem blanken Säbel eingegangen und dabei viele Arbeiter schwer verwundet hatten.

**Bulgarien.** Montag abend wurde der Ministerpräsident Stambuloff auf der Heimfahrt von drei Perionen durch Revolverkugeln und Dolchstiche schwer verwundet. Es ist wenig Hoffnung, ihn am Leben erhalten zu können, doch lauten die Depeschen vom Dienstag etwas günstiger. Stambuloff war das Rückgrat der bulgarischen Regierung.

**England.** Bis Dienstag früh war von den Wahlen zum Parlamente bekannt, daß gewöhnt sind 172 Unionisten, 23 Liberale, 4 Parlamenten, 4 Antiparlementen und 1 Kandidat der Arbeiterpartei. Letzterer ist J. Burns, während Baird Jardie unterlegen sein soll.

## Parisnachrichten.

— Genosse Hans Bloch, Notardakteur der Rh.-Westf. Abt. 34, sollte durch einen Artikel über den Transport eines auf seine Nationalität Schauererklärten die Direktoren der Genossenschaft Westfalen, Hüb und Weidner beleidigt haben. Da die Behauptungen nicht voll erwiesen werden konnten, verurteilte die Strafammer zu Dortmund den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

## Soziale Uebersicht.

— **Eine Fabrikinspektorin.** Die Fabrikinspektorin Frau Florence Kelley in Chicago ist die Tochter des reichen Bankiers Kelley in Philadelphia. Sie studierte an der Universität in Zürich Philosophie und lernte den Dr. med. Wichnensky kennen, der sie heiratete und mit ihr nach New-York ging. In Zürich hatte Frau Kelley eine Schrift verfaßt über das amerikanische Schulsystem, die so treffliche Gedanken barg, daß ihr Vater dieselbe 1884 für die republikanische Partei als Wahlflugblatt drucken lassen wollte. Frau Kelley hatte aber unterdessen die Schriften von Karl Marx studiert und machte zu obiger Schrift eine Fußnote, daß sie die Ansichten in dem Flugblatt nicht mehr in allen Teilen aufrecht erhalte, denn sie sei Sozialistin geworden und von der Wahrheit der Marx'schen Lehre überzeugt. Ihr Vater erwiderte sie, dieses „dumme“ Nachwort doch wegzulassen, so könne man ja die Schrift nicht veröffentlichten. Sie aber antwortete, die Fußnote müsse bleiben, lieber solle man die Schrift nicht drucken. Und so blieb sie ungedruckt. Herr Kelley verließ dann seine Tochter, als aber die beiden Helene in New-York, Wichnensky als Arzt, die nunmehrige Frau Wichnensky als Schriftstellerin, sich doch Verdienst und Ansehen erlangten, löbte er sich wieder mit seiner trefflichen Tochter aus. Nun aber handelte der Ehemann Wichnensky, eine Hüne von Gestalt, seine Frau, die klein und schwächlich ist, so unförmig und brutal, daß sie nach mehrtägiger Ehe mit drei Kindern von ihm wegfiel und sich in Chicago niederließ. Florence Kelley half sich und ihren Kindern mit Schriftstellerei weiter. Eine der ersten Amtshandlungen des so verlästerten Gouverneurs Allged von Illinois war, daß er Frau Florence Kelley zur Fabrikinspektorin ernannte und ihr eine Anzahl Hilfsinspektorinnen beigelehte, und damit ist sie wieder in eine sehr reichliche Lebensstellung eingetreten.

## Jur Arbeiterbewegung.

— **Die Differenzen in der Schuhfabrik von Emil Wahnig in Weiskensfeld sind zu gunsten der Arbeiter beigelegt.** Der alte Lohn wird weiter gezahlt. Einigkeit macht stark! Leipzig. In der hiesigen Webfabrik von Herteln haben 2 Stübhaber wegen Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt. — Der Streik der Monteur der Firma Grob u. So. in U.-Gutshausen dauert fort.

— **Die Steinmengen Leipzigs** beschlossen gestern abend in öffentlicher Versammlung, die harte Arbeit, wenn sie pro Quadratmeter nicht mit 240 M. bezahlt wird, liegen zu lassen. Es dürfte auf einige Wochen zum Ausstand kommen. Zugang ist fern zu halten.

— **Der Wohngebäude der Stettiner Schneider.** Eine am 12. Juli stattgehabte Beräumung beschloß, daß bei den Firmen D. S. Juba und Leopold Juba weitergetreift und bei den anderen Firmen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

— **Harrer Naumann** in Frankfurt a. M. hat sich in den vorliegenden Arbeiterverein auf die Seite der jetzt in vielen Städten und Einfuhr von Betriebsverhältnissen kämpfenden Schneidervereine gestellt. Auch er erklärt in der Erklärung von Betriebsverhältnissen einen bedeutenden Fortschritt zur Besserung der jetzigen Arbeitsbedingungen.

— **Ueber die Organisation der Arbeitsvermittlung** in Sachen hat die hiesige Regierung eine Statistik veröffentlicht. Die Statistik erstreckt sich auf sämtliche Orte, die mehr als 2000 Einwohner haben, und zwar betrifft sie 143 Städte und 158 Dörfer, die nach der letzten Volkszählung zusammen 2 174 734 Einwohner zählten. Von diesen 301 Orten hatten im Herbst vorigen Jahres 217, also über zwei Drittel, überhaupt keinerlei Arbeitsnachweise, d. h. weder einen öffentlichen noch einen privaten (durch Vereine u. s.) In den übrigen deutschen Staaten werden die Verhältnisse kaum besser sein.

— **Bei der Berufs- und Gewerbezählung in Altona** wollte man auch feststellen, wie viele Stellenhücker sich bei den Schneidermetzern gemeldet und wie viele davon in Stellung genommen waren. Nur über das letztere konnten die Schneidermeister Auskunft geben, über ersteres nicht, da sie die vorgeschriebenen Bücher nicht geführt hatten. Sie wurden fämtlich in Strafe genommen.

## Stadtvorordneten-Sitzung

vom 15. Juli.

(Schluß.)

7. Der Antrag des Magistrats auf **Einleitung des Entgeltsverfahrens** gegen die Besitzer des Grundstücks Nikolaistraße 13, Herren Arnold und Treibsch, welche 28 Quadratmeter zur Straße abzutreten haben und pro Quadratmeter 450 M. verlangen, wird abgelehnt und bemerkt ein neuer Vergleichsversuch angetragen. Der Magistrat hat 350 M. pro Quadratmeter geboten. Stadtv. Henze, unmittelbarer Nachbarangehöriger fraglichen Grundstücks, erklärt sich entschieden gegen die Zwangsentgeltnung, da der Preis von 450 M. einangemessener ist. R. und T. hätten pro Quadratmeter mehr als 500 M. gezahlt. Der Zwangsentgeltsverfahren würde der Stadt keinen Vorteil bringen. Die Nikolaistraßengrundstücke werden überhaupt unterhöcht; sie haben einen Zukunftspreis. (Der Eifer, mit welchem der Redner da eingetreten zu sein scheint für seine Nachbarn, läßt einen starken Schimmer der Vermutung zu, daß, wenn nicht pro domo, so doch pro domino gesprochen sei. D. M.) — Stadtv. Keil begründet seinen Vergleichs-Antrag damit, daß das Grundstück bei den Aufkäufen von Grundstücken bezahlten Preis bei der Entgeltnung von Entgeltnungstreitigkeiten zur Norm nehme, die Stadt im vorliegenden Falle also keine Aussicht auf Erlöge habe.

8. Die **Abwägungen an der vormaligen Gerberstraße** sollen durch einen festzulegenden Plan die hiesigen hienige Straße infolge der Verengung der Gerberstraße hindere bestehende Anlagen die für höher zu Baukosten bestimmte, dort gegenwärtig Landfläche soll mit gärtnerischem Anpflanzungen (Sträucher u. c.) ausgefüllt werden. Auch der hinter der Weinbühnen-Anstalt an der Klausstraße vorhandene Platz sowie die Umgebung der in der Klausstraße liegenden früheren Gerberstraße verbleibende Bedürfnisanstalt am Neuen Marktplatz sollen mit gärtnerischen Anpflanzungen versehen werden. Der Magistrat erachtet es für notwendig, daß schon jetzt die Schuppen, welche dem Strohhofviertel aus auf die Gerberstraße führen, mit derselben für den Verkehr in Verbindung gebracht werden. Die Veranschlagung hinsichtlich der fämtlichen Vorrichtungen zu Referent Stadtv. Hildebrandt.

9. Die Veranschlagung genehmigt a) für den Erwerb von 73 Quadratmeter Land von dem Grundstück der Herrn Dr. Herzberg und Maurermeister Friedrich, an der Ecke der Schiller- und Aders- (hinneig Wiltraut) Straße belegen, 1678 M.; b) für den Erwerb von 25 Quadratmeter des Grundstücks der Herrschaften Meyerstraße 7, 250 M.; c) für Herstellung des fehlenden Bürgersteiges am Seraberg-Friedrichsgrundstück 600 M., zusammen 2528 M. zum Zwecke der **Ueberrahme des Straßenterrains** in das Eigentum der Stadt. Gleichzeitig wird der Teil der Adersstraße zwischen der Serabergstraße und der Schillerstraße als Einheits für die Verengung der Gerberstraße der Angelegenheit angenommen. Ref. Stadtv. Hildebrandt.

10. Von der **Befreiung des Rechtswesens** gegen den Reichs des Bezirksauschusses, betreffend die Preisfeststellung für ein von der Witwe Gerns an die Stadt abzutretendes Land (76 Quadratmeter), für welches bereitwillig 5430.50 M. angeboten werden und auf Antrag des Magistrats ein halbes Marktes 7 250 M.; e) für Herstellung des fehlenden Bürgersteiges am Seraberg-Friedrichsgrundstück 600 M., zusammen 2528 M. zum Zwecke der **Ueberrahme des Straßenterrains** in das Eigentum der Stadt. Gleichzeitig wird der Teil der Adersstraße zwischen der Serabergstraße und der Schillerstraße als Einheits für die Verengung der Gerberstraße der Angelegenheit angenommen. Ref. Stadtv. Hildebrandt.

11. Der **Aufbau des Freybergischen Garten-Grundstücks** mit Ausnahme von zwei an der Krudenbergstraße belegenem Bauzellen ist am 10. und 11. Juni erfolgt. Es soll nunmehr auf der Ecksfläche des G.-Grundstücks ein halbes Marktes 7 250 M. angekauft werden. Nach den Erläuterungen des Referenten Stadtv. Hildebrandt genehmigt die Versammlung die von der B. G. etwas weiter östlich verlassene Lage und den Grundriss des Gebäudes.

12. Die **Veranschlagung** genehmigt den behufs der **Regulierung der Felschstraße** erforderlichen Erwerb von Grundstücken aus verschiednen zwischen der Eisenbahn-Zufahrtstraße und der Freimühlstraße belegenem Grundstücken im Gesamtbetrag von 400884 M. Das Land muß im Entgeltnungsverfahren erworben werden, da die gestellten Forderungen zu hoch sind. Anher dieser Summe sind noch bewilligt an Entschädigungen für den Abbruchten Heber 528 M. für Verlegung der an der Straße errichteten Brückenmauer 400 M. Sodann werden für Regulierung, Pflanzung und Bepflanzung der Straße nach Maßstab von 3000 M. noch 49000 M. bewilligt. Stadtv. Friedrich wünscht Auskunft, wie die vom Eisenbahnstrecke gestrichelte die Felschstraße um die Hälfte ausweitend zu realisieren beabsichtigt werden sollen. Stadtvater G. Wenzler erklärt, daß bereits an zuständiger Stelle die erforderlichen Schritte erfolgt seien.

13. Die **gärtnerische Ausgestaltung** des nächst der Schifferbrücke im Hertenauer in der Herrenteigstraße belegenem Dreiecks-Grundstücks genehmigt auch die Forderung von 400 Marktes Beträge von 795 M. wird aus dem Fonds für Erbauung der Schifferbrücke bewilligt. In die mit Sträuchern zu belegenden Anlage soll nicht an der Brücke die gegenwärtig auf dem Nammingen Platz befindliche Bedürfnisanstalt aufgestellt werden. Die Veranschlagung genehmigt auch die Forderung des Bauamtes, obgleich der Stadtv. Bergmann die Ansicht äußert, daß die Veranschlagung genehmigt sein soll. Sein Antrag auf die aus Anstandsgründen notwendige Vergrößerung des Schuhmanns wird abgelehnt, weil Stadtvater G. Wenzler erklärt, die Anzahl läme zwischen Sträucher zu geben. Die Gründe, daß die Sträucher doch erst nach dem Winter zu pflanzen seien, ist in der Sitzung nicht berücksichtigt. (Diese als wahrhaft obichon bereits öffentlich bekanntgemachte Meinungen, die kaum für zwei Personen Raum bieten und der Vorbehaltung von beiden Seiten freies Spiel lassen, ist für den ersten Schritt, soll unglücklicherweise beiden Parteien, wo vorhanden, wo vorhanden ankommen und an ungeheurer Verleser von Frauen und 11 Kindern hat hat. D. H.)

14. Die **Verlegung des Binnkanals** zwischen Steinweg, Laubentstraße, Sommerstraße und Maurerstraße durch Verlegung eines Binnkanals und die Befreiung des Kanals in der Laubentstraße, werden aus fämtlichen Gründen genehmigt und



